

Koalition erzielt Erfolge bürgerlicher Politik

Steuern senken, Eltern stärken

Die Spitzen der christlich-liberalen Koalition haben Entlastungen in Milliardenhöhe auf den Weg gebracht. Von der Einigung des Koalitionsausschusses profitieren vor allem Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Union und FDP setzen damit erneut bürgerliche Schwerpunkte in ihrer erfolgreichen Politik für Deutschland.

Zur Halbzeit der Legislaturperiode hat sich die christlich-liberale Koalition auf wichtige Wegmarken für ihr weiteres Regierungshandeln geeinigt. Im Mittelpunkt stehen dabei der Abbau von Ungerechtigkeiten im Steuersystem und die Einführung des Betreuungsgeldes. Allein die steuerlichen Entlastungen haben ein Volumen von sechs Milliarden Euro. Davon werden vor allem Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen profitieren. Union und FDP haben angekündigt, diese Erleichterungen trotz des Widerstands des oppositionellen Linksbündnisses auf den Weg zu bringen.

Mit den Beschlüssen des Koalitionsausschusses setzt das bürgerliche Bündnis seine erfolgreiche Politik der vergangenen zwei Jahre konsequent fort. Bereits wenige Wochen nach ihrem Amtsantritt hatte die christlich-liberale Koalition das Wachstumsbeschleunigungsgesetz verabschiedet. Es trat zum 01. Januar 2010 in Kraft und umfasste Entlastungen in Höhe von 22 Milliarden Euro. Darin waren etwa eine Erhöhung des Kindergelds und des Kinderfreibetrags enthalten. Änderungen im Erbschaftsteuerrecht hatten ebenfalls zu einer Entlastung von Familien geführt. Beide Maßnahmen zielten auch auf die Beschleunigung von Wachstum und damit den Ausbau von Beschäftigung.

Zwei Jahre später steht Deutschland – trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen – noch besser da. Dadurch

ergeben sich Spielräume, die die Koalition unter anderem dazu nutzt, Ungerechtigkeiten im Steuerrecht zu beseitigen. Dabei steht die sogenannte kalte Progression im Fokus. Dieser Effekt sorgt dafür, dass Arbeitnehmer, deren Gehalt steigt, auch mehr Steuern abführen müssen; das Wachstum der Reallöhne fällt dementsprechend niedriger aus. Die Erhöhung des Grundfreibetrags ab 2013 um insgesamt 350 Euro wird hier Abhilfe schaffen. Um die Zustimmung des Bundesrats zu sichern, hat die unionsgeführte Bundesregierung zugesagt, freiwillig einen größeren Teil der Entlastungen zu finanzieren. Mit umso größerem Unverständnis fassten Beobachter das kategorische Nein von SPD, Grüne und Linkspartei zu diesem Beschluss auf.

In den Verhandlungen einigten sich die Koalitionsspitzen außerdem auf die Einführung eines Betreuungsgeldes ab 2013. Eltern, die für ihr Kind im Alter von einem Jahr keinen staatlich geförderten Krippenplatz in Anspruch nehmen, erhalten dann zum Ausgleich monatlich 100 Euro. 2014 wird das Betreuungsgeld auf 150 Euro und Zweijährige ausgeweitet. 2009 hatte die CSU in den Koalitionsverhandlungen diese Anerkennung der Erziehungsleistung junger Eltern durchgesetzt. Darüber hinaus einigten sich Union und FDP am Sonntag auf ein Mehr an Leistungen für Demenzerkrankte und ihre Angehörigen aus der Pflegeversicherung sowie zusätzliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur in Höhe von einer Milliarde Euro.

Eltern erhalten Wahlfreiheit

Sehr geehrte Damen und Herren,

der neu erstellte Fortschrittsbericht der EU-Kommission ergibt auch für das Jahr 2011 wieder ein negatives Zeugnis von der Religionsfreiheit in der Türkei. Die Religionsfreiheit ist aber als Menschenrecht von höchstem Rang. Wenn in rund neun zentralen Punkten in den letzten fünf Jahren keine echten Fortschritte erreicht wurden, dann muß man klare Konsequenzen ziehen und erkennen, dass die Türkei in keiner Weise reif ist für eine EU-Mitgliedschaft!



Die wichtigsten EU- Kritikpunkte im Einzelnen:

- ◆ *Muslimischer Religionsunterricht ist zwingend.*
- ◆ *Fehlende Rechtspersönlichkeit für nicht-muslimische Religionsgruppen.*
- ◆ *Priesterausbildung unmöglich.*
- ◆ *Aktives und passives Wahlrecht bei Patriarchatswahlen für Ausländer verweigert.*
- ◆ *Religiöse Identität in persönlichen Dokumenten und ID-Cards vermerkt.*
- ◆ *Rechtsunsicherheit und Diskriminierung beim Bau und Betrieb von Gebetsstätten: Ablehnung von Vergabeanträge, gerichtliche Belangung bestehender Gebetsstätten.*
- ◆ *Mangelnde Anerkennung von Gebetsstätten nicht-muslimischer Glaubensgruppen.*
- ◆ *Angriffe und Bedrohungen gegen Klerikale und Gebetsstätten.*
- ◆ *Juristische Verfahren gegen Missionen sowie ungeahndete Verleumdung in den Medien und durch Privatpersonen.*

Daher ist aus meiner Sicht jetzt ein Verhandlungsstopp die einzig logische und richtige Konsequenz.

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Singhammer MdB

Deutschland wächst zusammen

Bundshaushalt 2012

Gute Nachrichten aus dem Osten

Der Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit lenkt den Blick auf die starke Entwicklung der neuen Länder. Erstmals gibt es dort weniger als eine Million Arbeitslose.

Bereits das Datum sprach für sich: Während die Republik am Mittwoch an den Mauerfall vor 22 Jahren zurückdachte, stellte Innenminister Dr. Hans-Peter Friedrich den Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit vor. Auch der eigentlich gewohnte Ort für die Vorstellung erhielt dabei eine neue Bedeutung: Das Haus der Bundespressekonferenz liegt am ehemaligen Todesstreifen. Wenige Meter entfernt erinnert ein Denkmal an die Menschen, die auf der Flucht aus der DDR ermordet wurden. Zwei Jahrzehnte später ist das von Mauer und Stacheldraht befreite Berlin Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands.

Doch die letzten beiden Jahrzehnte brachten nicht nur gelebte Freiheit, sondern auch eine imposante

wirtschaftliche Aufholleistung mit sich. Friedrich hob hervor, dass sich das verfügbare Einkommen in den neuen Ländern seit der Wiedervereinigung so gut wie verdoppelt hat. Außerdem gebe es heute erstmals weniger als eine Million Erwerbslose in Ostdeutschland. In der Tat belegt der Bericht der Bundesregierung, dass das im Grundgesetz genannte Ziel der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ bereits nahezu erfüllt ist.

Aus Sicht der CSU im Deutschen Bundestag kommt der Aufarbeitung der SED-Diktatur beim weiteren Zusammenwachsen von Ost und West eine entscheidende Rolle zu. Zuletzt hatten Studien eine alarmierende Unkenntnis junger Menschen über das DDR-Unrecht belegt.

Mehr Investitionen

Ergebnis einer nächtlichen Sitzung: Die Neuverschuldung fällt um mehr als eine Milliarde Euro geringer aus.

Die unionsgeführte Bundesregierung gibt im kommenden Jahr eine knappe halbe Milliarde Euro zusätzlich für Investitionen aus. Das ist das Ergebnis der sogenannten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses, die traditionell im November stattfindet. Auch dieses Jahr tagten die Haushälter bis tief in die Nacht. In der folgenden Sitzungswoche kann der Bundestag nun den endgültigen Haushaltsplan für 2012 beschließen. Der Haushalt umfasst insgesamt ein Volumen von 306 Milliarden Euro. Die Investitionen belaufen sich auf 26,9 Milliarden Euro. Weitere gute Nachricht: Die Neuverschuldung des Bundes fällt deutlich geringer aus als ursprünglich geplant. Die Volksvertreter einigten sich auf weitere Einsparungen im Wert von 1,1 Milliarden Euro.

Diese Woche

| | |
|--|----------|
| Koalition erzielt Erfolge bürgerlicher Politik Steuern senken, Eltern stärken | 1 |
| Deutschland wächst zusammen Gute Nachrichten aus dem Osten | 2 |
| Koalition stärkt Herz der Volkswirtschaft Volle Kraft für den Mittelstand | 2 |
| Bundshaushalt 2012 Mehr Investitionen | 2 |
| Ratingagenturen unter der Lupe Koalition bekämpft Ursachen der Finanzkrise | 3 |
| Entschädigung für Opfer von Radarstrahlen Koalition steht zur Truppe | 4 |
| Deutschland ist Vorreiter bei der nachhaltigen Waldnutzung Ökologie und Ökonomie im Einklang | 4 |

IMPRESSUM:
 Verantwortlich für Seite 1:
 Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete
 Redaktion: Tassilo Wanner
 11011 Berlin · Platz der Republik 1
 Telefon: (030) 227 - 70212
 Telefax: (030) 227 - 76712
 e-mail: bab@cducsu.de
 internet: www.csu-landesgruppe.de

Koalition stärkt Herz der Volkswirtschaft

Volle Kraft für den Mittelstand

Die christlich-liberale Koalition setzt sich für eine weitere Entlastung der Unternehmen in Deutschland von unnötiger Bürokratie ein. In den letzten fünf Jahren konnten die dadurch verursachten Kosten bereits um zehn Milliarden Euro gesenkt werden.

Der Deutsche Bundestag fordert auf Initiative von Union und FDP die Bundesregierung zu weiteren Schritten in Sachen Bürokratieabbau auf. Am Donnerstag stimmte das Parlament für einen Antrag der Koalitionsfraktionen, in dem unter anderem eine Verkürzung von Aufbewahrungsfristen angeregt wird. Die CSU im Deutschen Bundestag hatte sich in der Vorbereitung des Antrags erfolgreich für die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen eingesetzt.

Mit dem Antrag anerkennen die Volksvertreter die Rolle des Mittelstands als Herz der deutschen Volkswirtschaft. Die 3,7 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen sowie Selbstständigen erbringen die Hälfte der Nettowertschöpfung aller

Unternehmen. Außerdem arbeiten in diesem Sektor 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten.

Die von Union und FDP vorangetriebene weitere Vereinfachung von Vorschriften zahlt sich vor allem für diese kleinen und mittleren Unternehmen aus. Im nun verabschiedeten Antrag fordert der Bundestag unter anderem die Vereinheitlichung der Aufbewahrungsfristen für Unternehmen und private Haushalte im Handels-, Steuer- und Sozialrecht. Ebenfalls im Mittelpunkt steht die Begrenzung der Aufbewahrungsfristen bei Betriebsübergängen. Unter der unionsgeführten Bundesregierung haben sich die Bürokratiekosten aller deutschen Unternehmen um jährlich rund zehn Milliarden Euro reduziert.

Ratingagenturen unter der Lupe

Koalition bekämpft Ursachen der Finanzkrise

Auf Initiative von Union und FDP hat der Bundestag die Regierung zu zusätzlichen Schritten der Finanzmarktregulierung aufgefordert. Damit soll einer weiteren Finanzmarktkrise effektiv vorgebeugt werden. Zuvor hatten sich hochrangige Unionspolitiker auf einem Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Überprüfung der Rolle von Ratingagenturen ausgesprochen.

Die unionsgeführte Bundesregierung setzt sich international für eine tragfähige Lösung der Schuldenkrisen einiger europäischer Staaten und für eine effektive Finanzmarktregulierung ein. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt sie dabei. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2008 begonnen hatte, hatte die Gefährdung des Haushaltsgleichgewichts der betroffenen Staaten vehement verstärkt. Vor diesem Hintergrund forderte die christlich-liberale Parlamentsmehrheit die Bundesregierung zu weiteren Schritten der Finanzmarktregulierung auf.

Ein entsprechender Antrag, den der Bundestag am Freitag mit den Stimmen von Union und FDP verabschiedete, zieht gleichzeitig eine positive Bilanz der bisher erzielten Reformen der Finanzmärkte: Neue Restrukturierungsregeln erlauben es, Krisenbanken künftig vom Markt zu nehmen, bevor sie zum Ansteckungsrisiko für die Wirtschaft werden; größere Banken zahlen in einen Fonds, der zur Vorsorge für solche Fälle aufgebaut wird; eine europäische Finanzmarktaufsicht ist eingerichtet. Darüber hinaus wurden Finanzinstitute und Versicherungen verpflichtet, ihre Vergütungsstrukturen auf den längerfristigen Erfolg des Unternehmens auszurichten.

Dennoch erkennen die Abgeordneten weiteren Handlungsbedarf. Daher setzen sich Union und FDP im Parlament dafür ein, dass der gesamte Finanzmarkt, jeder einzelne Finanzmarktakteur und jedes einzelne Finanzmarktprodukt angemessen reguliert und beaufsichtigt wird. Das muss aus Sicht der Volksvertreter auch für alternative Investmentfonds, so etwa Hedgefonds, gelten.

Mit einem weiteren Antrag machte die christlich-liberale Koalition auf die Notwendigkeit einer besseren Regulierung von Ratingagenturen aufmerksam. In erster Linie fordern die

Abgeordneten einen umfassenderen Wettbewerb am Ratingmarkt. Zuletzt hatte das Urteil einzelner Agenturen



Auf einem Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion trafen am Montag Entscheidungsträger der christlich-liberalen Koalition auf führende Finanzmarktexperten. Aus Sicht der Union soll der Einfluss der großen amerikanischen Ratingagenturen gemindert werden. Auf Worte folgten Taten: Am Freitag setzten Union und FDP im Bundestag entsprechende Anträge durch.

ganze Währungsräume unter Druck setzen können. Bereits am Montag hatten sich führende Vertreter der

CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf einem Kongress im Deutschen Bundestag mit Finanzmarkt-Experten über die Zukunft des Ratingmarkts ausgetauscht. Dabei wurde deutlich: Die Koalitionsfraktionen wollen den Einfluss der großen amerikanischen Finanzkontrolleure zurückdrängen.

Auch der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht forderte dabei eine stärkere Regulierung der Ratingagenturen. Vor den 160 im Sitzungssaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion versammelten Experten und Entscheidern verglich er die zentrale Rolle der Agenturen auf den Finanzmärkten mit der von systemrelevanten Banken. Gerade deshalb müsse eine harte Aufsicht jedes Fehlverhalten der Ratingagenturen sanktionieren.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Braune Piraten und... grüne Umweltsünder

„Nazis raus, Piraten rein“ – mit diesem Slogan hat es die Piraten-Partei kürzlich geschafft, ein Mandat im Kreistag von Greifswald zu gewinnen. Nun stellt sich heraus: Ausgerechnet dieser Abgeordnete war früher Mitglied der rechtsextremistischen NPD! Zwar behauptet Matthias Bahner, sein Mitgliedsstatus habe nur kurz gewährt und er sei bereits 2004 wieder ausgetreten. Recherchen der Piraten-Partei zeigten jedoch, dass er erst 2006 von der Partei selbst rausgeschmissen worden war – kein Austritt aus Überzeugung, sondern eine Streichung wegen säumiger Beitragszahlungen! Außerdem behauptete er, keine politischen Veranstaltungen der NPD besucht zu haben. Dabei gibt es nach Informationen der Berliner Zeitung zahlreiche Hinweise, dass das glatt gelogen ist. Fazit: Solche Piraten gehören vom Wähler beim nächsten Mal versenkt.

Nach monatelangem Sinkflug der Grünen in den Umfragen wollte Winfried Kretschmann wohl mal wieder hoch hinaus. Jedenfalls war sich der baden-württembergische Ministerpräsident nicht zu schade, zum Treffen mit seinen Kollegen in Lübeck (!) statt per Auto oder Linienflug mit dem eigens bestellten Hubschrauber anzureisen. Noch ehe sich der von Partei wegen bekennende Umweltschützer steuerzahler- und klimaschädlich auf den Weg gemacht hatte, war seine Dienstlimousine vorausgefahren, um ihn am Lübecker Flughafen abzuholen. Mit der Entschuldigung seines Sprechers, es habe eine „Ballung von Pflichtterminen“ gegeben, hätten die Grünen zu Oppositionszeiten kurzen Prozess gemacht. Für grüne Regierungen hingegen scheint zu gelten: Nur Fliegen ist schöner. P.S. Kein Wunder bei der schlechten Stuttgarter Bahnanbindung.

Entschädigung für Opfer von Radarstrahlen

Koalition steht zur Truppe

Die Bundeswehr kann sich auf die christlich-liberale Koalition verlassen. In einem breiten Schulterschluss hat der Bundestag einen Antrag zum Ausgleich für Radargeschädigte der Bundeswehr angenommen. Dieses wichtige Signal unterstützt die Bundesregierung darin, die wichtige Entschädigungsfrage endgültig zu klären.

Ehemalige Angehörige der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee, die bis in die 1980er-Jahre durch Radarstrahlen geschädigt wurden, bekommen mit dem Beschluss des Bundestages ein wichtiges Signal, dass man bei der Bundeswehr auf die Fürsorge des Dienstherrn vertrauen kann. Auch wenn die Koalition den Fortschritt in der Entschädigungspraxis bei den Radarfällen der letzten Jahre sieht, ist die Bundesregierung nun aufgefordert, nach weiteren Lösungen zu suchen, um in besonderen Härtefällen auch außerhalb des geltenden Versorgungsrechts eine Unterstützung zu gewährleisten. Dies kann nach dem Beschluss des Bundestages durch die Errichtung einer Stiftung oder

eines Fonds geschehen, aber auch durch die Beteiligung an einer bestehenden Stiftung.

An dieser Einrichtung sollen sich auch die Gerätehersteller beteiligen. Der Beschluss des Bundestages fordert außerdem, dass bei der Entschädigungsfrage die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigt werden und geprüft wird, ob bei einzelnen Krankheitsbildern sowie bei der Strahlenexposition aufgrund radioaktiver Leuchtfarbe nochmals ein unabhängiges Expertengremium zur Abgabe einer Entscheidungsempfehlung sinnvoll ist. Dadurch könnte auch die Frage geklärt werden, inwiefern der Kreis der bislang bereits entschädigten Radarstrahlen-

opfer bisher möglicherweise zu eng gezogen worden ist. Diese Klärung liegt der christlich-liberalen Koalition besonders am Herzen. Hinsichtlich strittiger Einzelfälle soll die Bundesregierung auch die Möglichkeit einer Vermittlung durch ein unabhängiges Expertengremium prüfen.

Durch ionisierende Strahlung haben Angehörige der Bundeswehr und der NVA unwissend bis in die 1980er-Jahre schwere Erkrankungen davon getragen. Häufig können die Betroffenen den Zusammenhang zwischen ihrem Dienst und ihrer späteren Erkrankung nicht nachweisen, da Dauer und Intensität der Strahlenbelastung im Einzelfall nicht sicher rekonstruiert werden können.

Deutschland ist Vorreiter bei der nachhaltigen Waldnutzung

Ökologie und Ökonomie im Einklang

Die Waldstrategie der christlich-liberalen Regierung zeigt Wege auf, wie der Wald gleichermaßen wirtschaftlich wie nachhaltig bewirtschaftet werden kann. Im Bundestag stieß diese Zusammenführung scheinbar gegensätzlicher Ziele auf breite Zustimmung.

Die deutliche Mehrheit des Deutschen Bundestags steht hinter der Waldstrategie der unionsgeführten Bundesregierung. Am Freitag befassten sich die Volksvertreter noch einmal ausführlich mit dem Dokument, das das Kabinett zuvor beschlossen hatte. In der Debatte wurde deutlich: Die Strategie schafft die Grundlagen für einen optimalen Ausgleich ökonomischer und ökologischer Interessen hinsichtlich der Zukunft des deutschen Waldes. Gleichzeitig verdeutlicht sie im internationalen Jahr der Wälder 2011 Deutschlands Vorreiterrolle bei der nachhaltigen Nutzung des Waldes.

In der Tat kann die Bundesrepublik auf eine lange Tradition der fach- und sachgerechten Waldnutzung zurückblicken. Dieser Ausgleich ist von übergeordneter Bedeutung, nachdem immerhin ein Drittel der Fläche Deutschlands bewaldet ist. Der Wald

erfüllt wichtige Funktionen als CO₂-Speicher, als Sauerstoffproduzent, für die Wasserspeicherung und Wasserregulierung, für das Lokalklima und nicht zuletzt als Erholungsraum für die Bevölkerung.



Gleichzeitig ist der Wald Einkommensquelle für rund zwei Millionen Waldbesitzer in der ganzen Republik. Vor diesem Hintergrund verbietet sich eine ausschließliche Rollenzuweisung – der Wald kann nicht nur unberührter Naturraum oder nur Wirt-

schaftsgut sein. Die christlich-liberale Koalition verbindet diese beiden Interessen. Mit der „Waldstrategie 2020 – Nachhaltige Waldbewirtschaftung – eine gesellschaftliche Chance und Herausforderung“ leistet sie einen wichtigen Beitrag zum Ausgleich zwischen den steigenden Ansprüchen an den Wald und seiner Leistungsfähigkeit. Der Schutz des Waldes soll demnach auch durch seine nachhaltige Nutzung erfolgen.

Angesichts aktueller Entwicklungen ist absehbar, dass die Bedeutung des Waldes weiter steigen wird. So lässt etwa der beschleunigte Ausstieg aus der Kernenergie den Bedarf an Holz zunehmen; gleichzeitig ist etwa die Rolle Waldes beim Klimawandel zu beachten. Mit der Waldstrategie nimmt sich die christlich-liberale Koalition des Themas entschlossen an und zeigt tragfähige Wege für die Zukunft des Waldes auf.